

## **Reform – was ist das?**

Was bringt mir konkret die Gesundheitsreform, wollte ein Kollege von mir wissen. Schwer zu sagen, ich sei kein Spezialist für Dickichte und Labyrinth, war meine wenig befriedigende Antwort. „Reform“ sei doch eigentlich was Gutes, danach sollte man besser leben, meinte er. In der Tat war dieser Begriff bis in die jüngste Vergangenheit immer so verstanden worden; selbst die „Reform der Betriebsverfassung“ im Jahre 2001 wollte bessere Arbeitsbedingungen für Betriebsräte und ein bisschen mehr Mitbestimmung bringen.

Und heute? Gesundheits- und Arbeitsmarktreform werden das Leben nicht einfacher sondern schwieriger machen. Man dürfe den Bürgern nicht noch mehr Reformen zumuten, sagte Kurt Beck. Klar, dass es hier nicht um Wohltaten, sondern um „Einschnitte“ geht. Unter der Hand ist aus „Reform“ etwas ganz anderes geworden. Sie steht für Abbau des Sozialstaats. Die Diskussion geht nur noch darum, wem die meisten Opfer auferlegt werden. Wer wirklich Reformen zum Besseren will, dem steht schon gar kein angemessener Begriff mehr zur Verfügung, er hat nicht nur politische Probleme, er ist gewissermaßen zur Sprachlosigkeit verdammt.

Was wäre eine ehrliche Bezeichnung für das, was sich heute vollzieht? Eigentlich müsste man spätestens seit 2002 von „Rückschrittsgesetzen“ sprechen. Das hätte – so will ich mal argumentieren - den Vorteil, dass man nicht an einen Namen gebunden wäre, den man nicht mehr so gerne in den Mund nimmt. „Bekommst Du auch R IV?“ wäre doch eigentlich eine knackige Formulierung, oder: „Ich habe in R VII ein Schlupfloch gefunden“. Doch die Langform klingt eben nicht besonders gut. Da es bestimmten Leuten wie z.B. Hochverdienern durchaus besser geht, könnte man auch an „Polarisierungsförderungsgesetze“ denken, schon wegen seiner Länge ein gutes deutsches Wort, das man zur Freude der Bürokraten mit „PFG“ abkürzen könnte. Auch „VAG“ (=Verarmungs- und Ausgrenzungsgesetz) würde die Dinge oft ganz gut auf den Begriff bringen. Doch Hand aufs Herz: So viel Ehrlichkeit wird sich unser Gesetzgeber niemals erlauben.

Die Worte müssen positiv klingen. Auch in der Krise schrumpft die Wirtschaft nicht, sie weist allenfalls „Negativwachstum“ auf. Ein „Krankenselbstverantwortungsgesetz“ (KSVG) wäre da im Prinzip gut, aber der Hohn würde mittlerweile von vielen Leuten durchschaut. Das

Positive muss auch Akzeptanz finden. Von „Veränderungen“ müsste man sprechen. Und beim „Sparen“ sollten diejenigen bluten, die ein dickes Polster haben, so dass vielleicht sogar von „Gerechtigkeit“ die Rede sein könnte. Das alles ist Teil eines „Notprogramms“, keine Reform. Ob wenigstens diese Redeweise für „Bild“ und „FAZ“ noch tragbar wäre? Ich habe da so meine Zweifel.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 2/2007 S. 3